

Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) begrüßt Inhalt und Ausrichtung des geplanten Maßnahmenkatalogs des Bundes gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Nun müssen die Pläne rasch und vollständig umgesetzt werden!

Der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus hat der Bundesregierung vorgeschlagen, in den Jahren 2021 bis 2024 für die Aufklärung über und die Bekämpfung von Extremismus und Rassismus von rechts insgesamt 1,15 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung hat den Vorschlag angenommen und wird ihn vollumfänglich in die Regierungsarbeit der nächsten Jahre einbeziehen. Der Bundestag hat diesem Vorhaben mit Mehrheit zugestimmt, sodass die entsprechenden Verpflichtungen auch für Nachfolgeregierungen gelten sollen.

Der bap als Zusammenschluss von 29 staatlich anerkannten und bundesweit tätigen Trägern der Politischen Bildung begrüßt das jetzt beschlossene Regierungsprogramm gegen Rechtsextremismus und Rassismus und sieht in ihm einen bedeutenden Schritt zu einer erheblich verbesserten Demokratiestärkung.

Dies umso mehr, als im Rahmen der geplanten Maßnahmen gerade auch die Träger der Politischen Bildung ins Auge gefasst werden. Folgende Aspekte sind dabei besonders herauszuheben:

- Der Ausbau der Regelstrukturen Politischer Bildung im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist ebenso Ziel, wie die
- Stärkung der Politischen Erwachsenenbildung mit Blick auf die Formate und Themen als auch die Stärkung der Träger der Politischen Bildung.
- Der Ausbau der außerschulischen Bildung, im Kontext von Schule sowie der Aus- und Aufbau von neuen Programmen zu verschiedenen Phänomenen des Rechtsextremismus und Rassismus, bietet zahlreiche Ansatzpunkte für die Träger der Politische Bildung.
- Die Einbeziehung gerade berufstätiger Gruppen in den Programmen des BMI und des BMAS stärkt die Möglichkeiten für ein Engagement der Träger der Politischen Bildung.

Nach Ansicht des bap können hier nach einer Priorisierung innerhalb des Maßnahmenkatalogs die Strukturen, die Regelarbeit und die Projekte der Politischen Bildung im besten Fall nicht nur gesichert, sondern nachhaltig ausgebaut werden.

Dies ist eine gute Nachricht, weil viele Maßnahmen des Katalogs auf bereits bestehende professionelle Expertise und Erfahrung von Einrichtungen und Initiativen der Politischen Bildung zurückgreifen. Mit der nun geplanten Erweiterung des finanziellen Spielraums kann diese Expertise erweitert und ausgebaut werden.

Die massiven gesundheitlichen Gefährdungen der Bevölkerung durch Covid 19 liegen auf der Hand. Die politischen Gefahren für Stabilität und Legitimation unserer Demokratie deuten sich im Aufwuchs an digital vermittelten Verschwörungserzählungen. Es ist aber jetzt schon abzusehen, dass Rechtsextremismus und Rassismus in unserer Gesellschaft nicht ab-, sondern eher zunehmen werden, wenn die unmittelbaren Gefährdungen durch das Virus nachlassen und dafür die wirtschaftlichen, psychologischen und sozialen Schäden der Pandemie allgemein sichtbarer und begreifbarer werden.

Deshalb ist es nach unserer Ansicht auch richtig und ebenfalls zu begrüßen, dass die Bundesregierung den Zeitraum ihrer umfänglichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus nicht zu kurz bemisst und (vorerst) bis zum Jahre 2024 ausdehnt.

Voraussichtlich wird die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus auch danach eine ständige Aufgabe des demokratischen Staates bleiben. Der bap und die Träger der Politischen Bildung sind darauf eingestellt und vorbereitet.

Ihre mit dem jetzt gefassten Beschluss von Bundesregierung und Bundestag auf den Weg gebrachte nachhaltige und strukturelle Stärkung kann dazu Wesentliches beitragen.

Nun muss das, was geplant ist, rasch und in vollem Umfang umgesetzt werden!

Für den Vorstand des Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.



Barbara Menke

Vorsitzende

Wuppertal, den 30.11.2020